

AStA der Universität Bremen
Universität Bremen
Bibliothekstraße 3, StH
28359 Bremen
Telefon: 0421/218-69733
asta@uni-bremen.de



Bremen, den 18/06/2014

Heutige Demonstration gegen den Wissenschaftsplan 2020 ein voller Erfolg

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Universität Bremen ist erfreut über die erfolgreiche Demonstration gegen die Schließungspläne des Bremer Senats durch den Wissenschaftsplan 2020. Zu heute riefen der AStA der Hochschule, der AStA der Universität und die Fachschaft Psychologie zur gemeinsamen Demonstration gegen Kürzungen an den öffentlichen Hochschulen auf.

Auftakt bildete eine Fahrraddemo von der Universität Bremen, bei der sich rund 250 Studierende auf den Weg zum Hauptbahnhof machten. Dort kamen sie den Studierenden der Hochschule zusammen und schlossen die Demonstration mit insgesamt 500 Studierenden gemeinsam ab.

„Wir freuen uns über die rege Teilnahme am heutigen Tag und das es uns gelungen ist, erneut ein Zeichen gegen die im Wissenschaftsplan 2020 geplanten Kürzungen im öffentlichen Bildungssystem zu setzen. Der Bremer Senat ist uns noch immer eine Antwort schuldig, da die geplanten Kürzungen durch die frei werdenden Mittel der Bafög-Übernahme des Bundes nicht mehr gerechtfertigt werden können“, erläutert Jean-Jacques Dengler, Vorstand des AStAs.

Der AStA erinnert daran, dass der Senat selbst zur Kenntnis gab, dass sich die zweckgebundenen Mittel durch die Bafög-Übernahme auf rund 13 Millionen € allein für 2015 belaufen. Mit der geplanten Schließung äußerst beliebter und vergleichsweise kostengünstiger Studiengänge betreibt der Senat eine gezielte Demontage öffentlicher Hochschulen zu Gunsten der Privatisierung von Bildung.

„Die 1000 Studierenden des von den Schließungsplänen betroffenen Fachs Psychologie bringen Bremen finanzielle Mittel aus dem Hochschulpakt und stehen der privaten Jacobs University mit einer Gesamtzahl von 1300 Studierenden gegenüber. Hier zögerte der Senat nicht mit etlichen Millionen einzuspringen, während die öffentlichen Hochschulen unter der Last der Unterfinanzierung leiden. Wir haben heute gezeigt, dass wir weiterkämpfen und erinnern den Senat gerne daran, dass wir bereit sind die Proteste auszuweiten“, ergänzt Dengler.